



Hans-Josef Fell
Mitglied des Deutschen Bundestages
Forschungs- und technologiepolitischer Sprecher
Bundestagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Rede am 2. Mai 2005

Forschungskongress “What science – what Europa”

The Greens/European Free Alliance in Brüssel

Das siebte Forschungsrahmenprogramm der EU aus der Sicht Deutschlands.

Sehr geehrter Herr Kommissar Potocnik
Sehr geehrter Herr MdEP Buzek
Sehr geehrter Herr Hammerstein

Meines sehr geehrten Damen und Herren

Forschung und Entwicklung haben einen großen Stellenwert in Deutschland; sowohl im Parlament als auch in der Bundesregierung.
Forschung und Entwicklung sind ein wesentliches Fundament zur Verwirklichung der Ziele von Lissabon: die Schaffung neuer Arbeitsplätze, die Stärkung der Wirtschaft und die Verbesserung der Lebensbedingungen in der Europäischen Union.

Mit 2,5% Anteil am Bruttoinlandsprodukt der Mittel für Forschung und Entwicklung liegt Deutschland weit über dem europäischen Durchschnitt, aber noch nicht in der Spitzengruppe der skandinavischen Länder. Dennoch bilden aufgrund der starken Volkswirtschaft die deutschen Aufwendungen für Forschung und Entwicklung in Europa ein wesentliches Fundament für die gesamten europäischen Aufwendungen.

Die Bundesregierung, der Bundestag und die beiden Regierungsfractionen SPD und Bündnis 90/ Die Grünen im Deutschen Bundestag haben mehrfach Beschlüsse gefasst, den Anteil der Forschungs- und Entwicklungsmittel am Bruttoinlandsprodukt von 2,5 Prozent auf 3% bis zum Jahre 2010 anzuheben.

Trotz der klaren Beschlusslage ist die Verwirklichung dieses Zieles sehr schwer. Die hohe nationale Verschuldung, im Zusammenhang mit den Haushaltsproblemen verhindern, dass diese Mittel rasch gesteigert werden können.

In Deutschland gibt es deshalb eine zunehmende Debatte über die Effizienz der eingesetzten F&E Mittel in Bezug auf deren Zielsetzung.

Nicht nur die Höhe der öffentlichen Aufwendungen ist für die Erreichung der Lissabonziele wichtig, sondern auch die Effizienz der aufgewandten Mittel für die Erreichung der Lissabon Ziele: Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Verbesserung der Lebensbedingungen.

Um die Erkenntnisse darüber bezüglich des Kommissionsvorschlages zum 7. Forschungsrahmenprogrammes zu erhöhen, haben die beiden Grünen Fraktionen im Europaparlament und im Deutschen Bundestag eine Studie in Auftrag gegebenen. Diese Studie ist heute fertig geworden. Ich freue mich, dass ich Ihnen Herr Kommissar Potocnik und Herrn Abgeordneten Buzek ein Exemplar überreichen kann. In dieser Studie von Proneos werden vor allem aus wirtschaftlicher Sicht Untersuchungen gemacht und Vorschläge erarbeitet, wie das 7. FRP möglichst effizient auf die wirtschaftlichen Herausforderungen abgestellt werden kann.

Mit Hilfe dieser Studie wird unsere grüne Sicht untermauert, dass es im Kommissionsentwurf gute und neue Ansätze zur Meisterung der Lissabon Ziele gibt. Allerdings erkennen wir auch - und dieses ist unsere Hauptkritik, dass wichtige finanzielle Schwerpunkte den Lissabon Zielen nicht gerecht werden können. Da die Kommission zu Recht das Ziel der Verdopplung der Forschungsmittel formuliert hat, wird es nun darauf ankommen, im Rahmen der Finanzplanung der EU diese Aufstockung der Mittel auch tatsächlich zu realisieren. Sie wissen, dass es in den Mitgliedsländern, so auch in Deutschland, eine heftige Debatte über die Beschränkung der Mitgliedsbeiträge an die EU in Höhe von gut einem Prozent des Bruttoinlandsproduktes gibt. Sollte es zu dieser Beschränkung kommen, wird es schwer sein, die Verdopplung der Forschungsmittel zu verwirklichen.

Bei der ersten, noch kurzen Diskussion in der Grünen Regierungsfraktion in Berlin gab es Kritik an der Schwerpunktsetzung der Finanzmittel im Kommissionsentwurf. Diese Kritik wurde verbunden mit der Aussage, dass eine Erhöhung der EU-Forschungsmittel unter solchen Schwerpunktsetzungen politisch nicht akzeptabel sei.

Lassen Sie mich kurz auf einige Bereiche eingehen, aus Zeitgründen kann dies keine umfassende Darstellung sein:

- Energie/EURATOM

Angesichts der Herausforderungen durch zur Neige gehenden endlichen fossilen Ressourcen, des bevorstehenden Peak of Oil und den damit verbundenen volkswirtschaftlich extrem schädlichen Energiekostensteigerungen, sowie in Anbetracht der rasanten Verschlechterung des Weltklimas, werden die Energieforschungsmittel im Kommissionsentwurf falsch gewichtet. Den weitaus größten Anteil müssten die Erneuerbaren Energien erhalten. Auch die sparsame Energieanwendung, die Energiespeicherung und die effiziente Energieumwandlung müssten eine wesentlich größere Rolle spielen.

Stattdessen setzt der Kommissionsentwurf auf nukleare Spaltung und nukleare Fusion. Trotz höchster Forschungsaufwendungen in der Vergangenheit liefert die Kernspaltung nur einen geringen Beitrag zur europäischen Energieversorgung. Die Kernfusion wird nach den Aussagen führender Fusionsforschung sogar in der nächsten fünfzig Jahren keinen Beitrag zur Energieversorgung liefern können.

Damit setzt die Kommission die gleichen falschen Akzente wie in der Vergangenheit. Gleichzeitig werden diese Mittel höchst ineffizient zur Schaffung neuer Arbeitsplätze eingesetzt. So betragen die Aufwendungen in der Kernfusion etwa 10 Millionen EUR pro Forscherarbeitsplatz. Arbeitsplätze in der Energiewirtschaft werden selbst in den nächsten fünfzig Jahren nicht entstehen. Damit tragen die hohen Aufwendungen für Kernfusion nicht zur Erfüllung der Lissabon Ziele bei, blockieren aber andererseits Forschungsmittel für Erneuerbare Energien, die einen hohen und schnellen Arbeitsplatzeffekt haben, den stärksten

Beitrag zum Klimaschutz liefern und aufgrund des hohen Primärenergiepotenzials die zukünftige Weltenergieversorgung darstellen.

Statt für die nuklearen Energien, müssten die Forschungsaufwendungen für Erneuerbare Energien die Aufwendungen von 3 Milliarden EUR erhalten und nicht wie im Kommissionsentwurf vorgesehenen etwa 400 Millionen.

- Das neue Sicherheitsforschungsprogramm

Es sollte sich stark orientieren an Friedensforschung und Konfliktvermeidung sowie zur Vorsorge gegen Naturkatastrophen und Infektionskrankheiten. Das sind alles Sicherheitsthemen, die sich im Rahmen der anderen thematischen Schwerpunkte wesentlich besser integrieren lassen als in einem eigenen thematischen Schwerpunkt Sicherheitsforschung. Wir befürchten stattdessen eine Entwicklung von Technologien zur Strafverfolgung, die letztendlich zum Abbau von freien Bürgerrechten führen werden. Auch hier können wir das Ziel zur Schaffung vieler neuer Arbeitsplätze nicht erkennen.

- Landwirtschaft

Wir begrüßen, dass die Kommission neue Ansätze zur Erforschung der ökologischen Landwirtschaft und naturgemäßer Anbaumethoden vorschlägt, wobei aber die Mittelansätze zu gering sind. Wir sehen auch ein Übergewicht für die Agrogentechnik. Auch die neuen Möglichkeiten von nachwachsenden Rohstoffen in der Chemie, als Substituierung der klimaschädlichen Petrochemie wünschen wir uns wesentlich stärker unterstützt.

- Verkehrsbereich

Wir begrüßen die Forschungsgelder für umweltfreundliche, integrierte Verkehrssysteme, wie die Stärkung des öffentlichen Verkehrs. Aber auch hier ist eine Stärkung der Mittel, genauso wie für die Entwicklung von Biokraftstoffen erforderlich. Die Entwicklung von Null Emissions Mobilität sollte sich nicht nur auf Wasserstoff und Brennstoffzelle beschränken, sondern vor allem auch die Elektromobilität in Verbindung mit Batteriespeichern unterstützen.

- Medizin

Wir begrüßen den hohen Stellenwert, den die medizinische Forschung im Kommissionsentwurf erhält. Wir vermissen eine klare Rahmensetzung zur Einhaltung von ethischen Grundsätzen für die Forschungsförderung, wie das Verbot von Klonen und das Verbot von Stammzellforschung, die auf der Tötung von menschlichen Embryonen beruht. Die Bereiche der Therapien von großen vernachlässigten Krankheiten, sowie der Zusammenhänge zwischen Umweltgiften und Krankheiten sollten stärkere Beachtung finden, genauso wie die medizinische Versorgung, z.B. Palliativmedizin.

- Geistes- und Sozialwissenschaften

Dass die Geistes- und Sozialwissenschaften einen eigenen neuen Schwerpunkt bilden, begrüßen wir sehr. Allerdings sollte diese stärker noch in alle anderen thematischen Forschungsbereiche integriert werden, damit eine Stärkung der Technikfolgenabschätzung gelingen kann.

- Nano-, Informations- und Materialforschung

Den hohen Stellenwert der drei Bereiche halten wir richtig. Da aber sie gerade Querschnittstechnologien sind, schlagen wir vor, sie stärker in den anderen thematischen Programmen zu integrieren und zu vernetzen, vor allem Energie, Transport, Raumfahrt, Chemie und Medizin.

- Europäischer Forschungsrat (ERC)

Die Schaffung eines europäischen Forschungsrates für die Grundlagenforschung halten wir für sinnvoll. Es fehlt allerdings eine Zielorientierung für die Grundlagenforschung. Eine Ausrichtung an gesellschaftlichen Fragen, wie die alternder Gesellschaft, Gesundheitswesen, Bekämpfung der Klimaveränderung, Nullemissionsverkehr, ökologischer Landbau und Ernährungssicherung, sowie anderer wären zielführend. Dies bedeutet keine Einschränkung der Forschungsfreiheit, die gerade in der Grundlagenforschung erforderlich ist, sondern eine Zielorientierung auch im Sinne der Lissabon Ziele. Auch brauchen wir Mechanismen, die sicherstellen, dass der ERC effektiv und effizient wirkt.

- Bürokratieabbau, Zugang von KMU

Die Vorschläge der Kommission zur Verbesserung des Zuganges von kleinen und mittleren Unternehmen bieten eine gute Basis für die Lösung dieses gravierenden Mangels im 6. FRP. Der Forschungsmittelzugang sollte auch stärker geöffnet werden für kleine Universitäten und kleinen Forschungseinrichtungen. Dies kann nur gelingen mit einem deutlichen Abbau der Bürokratie bei der Antragsstellung. Es muss gewährleistet sein, dass auch kleine und mittlere Strukturen einen Zugang zu einem großen Anteil der Europäischenforschungsförderung erhalten und weniger die großen Konzerne. Gerade für den Aufbau einer starken Forschungslandschaft in den neuen EU Mitgliedsländern ist dies unabdingbar.